

## Änderungsantrag A20-1

Antragsteller: Felix Pahl  
Änderungsantragsteller: Felix Pahl

Der Antrag A20 („Reform der Quotierung“) soll folgende neue Fassung erhalten:

§16 Absätze 5 und 6 der Satzung sollen wie folgt geändert werden:

- (5) Vorstände, Kommissionen, Arbeitsgremien und Delegierte sollen grundsätzlich mindestens zur Hälfte mit Frauen und zu einem Viertel mit diskriminierten Minderheiten besetzt werden. Im Vorstand von 7 sollen mindestens 2 Personen mit Diskriminierungserfahrung vertreten sein. Das genaue Wahlverfahren regelt die Wahlordnung.
- (6) Bei der Aufstellung von Wahlbewerbern/innen für Parlamente und kommunale Vertretungskörperschaften ist auf einen Anteil von mindestens 50% Frauen und mindestens 25% diskriminierte Menschen in der Fraktion bzw. in der Abgeordnetengruppe hinzuwirken. Das genaue Wahlverfahren regelt die Wahlordnung. Hiervon unberührt bleibt die Möglichkeit der Versammlung, einzelne Bewerber/innen abzulehnen. Reine Frauenlisten sind möglich.

§16 Absatz 10 der Satzung soll wie folgt geändert werden:

- (10) Abweichend von §17 Absatz 1 können §16 der Satzung (Vielfaltsförderung) sowie die entsprechenden Bestimmungen der Wahlordnung nur mit einer 2/3-Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen geändert werden.

§4 Absatz 4 der Wahlordnung soll wie folgt geändert werden:

- (1) Wer selbst bei der Wahl kandidiert, kann nicht der Wahlkommission angehören. Nimmt ein Mitglied der Wahlkommission eine Kandidatur an, scheidet es unmittelbar aus der Wahlkommission aus.

§5 der Wahlordnung soll gestrichen werden.

§6 der Wahlordnung soll wie folgt in neue §5 und §6 geändert werden:

### § 5 Wahlverfahren

- (1) Eine Position im Sinne dieser Wahlordnung ist ein Listenplatz, ein Parteiamt oder ein Mandat.
- (2) Vor der Wahl für eine Position wird für jede Quotenregelung geprüft, ob bei Wahl einer Person, die nicht der quotierten Gruppe angehört, die Mindestquote für die bis dahin besetzten Positionen erfüllt würde. Ist dies nicht der Fall, so ist die Position für die entsprechende Gruppe reserviert. Würde dabei eine Position sowohl für Frauen als auch für diskriminierte Menschen reserviert und stellt sich keine Bewerberin zur Wahl, die beide Bedingungen erfüllt, so wird die Position nur für diskriminierte Menschen reserviert.

**Gelöscht:** mindestens hälftigen Frauenanteil

**Gelöscht:** Bei Wahlvorschlagslisten sind der erste und dann jeder zweite Listenplatz in Folge Frauen vorbehalten. Unter den ersten drei und dann in Schritten von jeweils vier ist je ein Listenplatz Personen mit Diskriminierungserfahrung vorbehalten.

**Gelöscht:** V

**Gelöscht:** kann

**Gelöscht:** für ein zu wählendes Parteiamt oder Mandat

**Gelöscht:** § 5 Wahl für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate¶

¶  
<#>Wahlen für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate finden in jeweils gesonderten Wahlgängen nacheinander statt. Die Versammlung kann entscheiden, dass Wahlgänge parallel stattfinden können.¶

¶  
<#>Bei parallel stattfindenden Wahlgängen ist eine gleichzeitige Wahlbewerbung auch dann möglich, wenn die gleichzeitige Annahme der zu wählenden Parteiämter und Mandate ausgeschlossen ist.¶

¶  
<#>Bei der Aufstellung der einzelnen Listenplätze von Wahlvorschlagslisten für öffentliche Wahlen ist analog zu verfahren. (Ausnahme: siehe § 6 Absatz 4)¶  
für gleiche Parteiämter oder Mandate

**Gelöscht:** 6

**Gelöscht:** für gleiche Parteiämter oder Mandate

(3) Zur Berechnung der Quote für Menschen mit Diskriminierungserfahrung werden die Zahlen der Menschen mit und ohne Diskriminierungserfahrung jeweils um eins erhöht.

(4) Bei der Wahl eines einzelnen Parteiambtes mit bestimmter Zuständigkeit (z.B. einer Schatzmeister/in) wird keine Quotierung angewandt. Bei der Wahl mehrerer Parteiämter mit gleicher bestimmter Zuständigkeit (z.B. zweier Kassenprüfer/innen oder zweier Vorsitzender) bezieht sich die Quotierung nur auf diese Ämter. Bei der Wahl von Ämtern ohne bestimmte Zuständigkeit in einem Parteigremium (z.B. weiterer Mitglieder in einem Vorstand) bezieht sich die Quotierung dagegen auf das gesamte Gremium. Bei der Wahl eines Gremiums werden die Ämter mit bestimmter Zuständigkeit vor den Ämtern ohne bestimmte Zuständigkeit gewählt. Bei der Wahl von Ämtern und zugehörigen Ersatzämtern werden die Ämter vor den Ersatzämtern gewählt. Bei der Wahl der Ersatzämter bezieht sich die Quotierung auf die Gesamtheit der Ämter und Ersatzämter.

(5) Sollten sich vor der Wahl einer Position nicht mehr genug Kandidat/innen finden, um eine Quote durchsetzen zu können, dann beantragt der/die Wahlleiter/in vor der Wahl, dass die jeweilige Quote von da an ausgesetzt wird. Die der jeweiligen Gruppe angehörenden anwesenden, nicht in der Abstimmung abgelehnten wahlberechtigten Mitglieder können dem mit einfacher Mehrheit unter Ausschluss von Enthaltungen ihre Zustimmung verweigern. Wird es von mindestens einer beteiligten Person beantragt, so findet diese Abstimmung unter Ausschluss der Nicht-Gruppenangehörigen statt. Sofern keine abstimmungsberechtigte Person anwesend ist, gilt die Zustimmung zur Aussetzung der jeweiligen Quote als erteilt.

(6) Votiert die Gruppe gegen den Antrag der/s Wahlleiters/in, so soll die Liste nicht weiter besetzt werden und an dieser Stelle enden. In diesem Fall kann die Wahlversammlung in offener Abstimmung entscheiden, ob die Aufstellung der Liste vertagt werden soll oder ob die Liste in der dann bestehenden Form angenommen wird.

## § 6 Gemeinsame Wahl gleicher Parteiämter

(1) Für Wahlen von Parteiämtern kann die Versammlung auf Antrag der/s Wahlleiters/in in offener Abstimmung bestimmen, dass die Wahl gleicher Ämter gemeinsam stattfinden soll.

(2) Zu Beginn der Wahl wird für jede Quotenregelung festgestellt, wie viele der Ämter für Mitglieder der entsprechenden Gruppe reserviert werden müssen, um die satzungsgemäßen Mindestquoten zu erfüllen. Dabei sind §5 Absätze 3 bis 6 anzuwenden.

(3) Falls sich aus der Summe von Reservierungen für Frauen und Reservierungen für Vielfalt insgesamt mehr Reservierungen ergeben, als überhaupt Ämter zu wählen

**Gelöscht:** Auch Wahlen für mehrere gleiche Parteiämter, Mandate und Wahlvorschlagslisten werden generell in gesonderten Wahlgängen gewählt, um der Quotenregelung aus §16 der Bundessatzung nachkommen zu können. Dafür wird jeder Platz der Reihe nach geheim gewählt. Dabei gilt, dass der erste Platz einer Frau vorbehalten ist – es folgt immer alternierend ein offener Platz und ein Platz für eine Frau. Frauen können auch auf offenen Plätzen kandidieren. Vor der Wahl von Platz 3 und dann jedem vierten folgend wird des weiteren geschaut, ob die Quote für diskriminierte Gruppen erfüllt wurde und wenn dem nicht so ist, ist der Platz einer Person aus diskriminierten Gruppen vorbehalten.

**Gelöscht:** <#>Sollte durch die Durchsetzung einer anderen Quote ein einer Frau zustehender Platz mit einem Mann besetzt werden, verschiebt sich die Alternierung von Frauen um einen Platz, und die nächste darauf folgende Stelle ist dann mit einer Frau zu besetzen. Darüber hinaus soll die nächste nach dieser Quote besetzter Platz mit einer Frau besetzt werden.¶¶<#>¶¶

**Gelöscht:** eines Platzes

**Gelöscht:** von Ämtern mit gleicher (bestimmter oder unbestimmter) Zuständigkeit

**Gelöscht:** aller Plätze

sind, dann sind so viele Ämter für Frauen mit Vielfalt zu reservieren, wie Reservierungen überzählig sind.

(4) Nach der Wahl wird aus den Kandidierenden, die die nach §10 erforderliche Mehrheit erreicht haben, ein Pool gebildet, aus dem sie im Weiteren der Reihe nach gewählt (und dabei entfernt) werden.

(5) Für die Gruppen „Frauen mit Vielfalt“, „Vielfalt“ und „Frauen“ wird (in dieser Reihenfolge) nacheinander jeweils der Schritt in Absatz 6 angewandt.

(6) Wurden Ämter für Mitglieder einer Gruppe reserviert, so wird solange das Mitglied der Gruppe mit den meisten Ja-Stimmen aus dem Pool gewählt, bis alle Ämter besetzt sind, keine Mitglieder der Gruppe mehr im Pool sind oder (insgesamt in allen Schritten) so viele Mitglieder der Gruppe gewählt wurden, wie Ämter für Mitglieder der Gruppe reserviert wurden.

(7) Anschließend wird solange die/der Kandidierende mit den meisten Ja-Stimmen aus dem Pool gewählt, bis alle Ämter besetzt sind oder der Pool leer ist.

(8) Bei Stimmengleichheit ist §11 Absatz 3 anzuwenden.

§11 Absatz 4 der Wahlordnung soll gestrichen werden.

#### Begründung des Änderungsantrags:

Gegenüber dem ursprünglichen Antrag wurde folgendes geändert:

- In §5 Abs. 4 wird geregelt, wie Ersatzämter gewählt und quotiert werden; das war bisher nicht klar geregelt.
- In dem neuen §6 wird die gemeinsame Wahl gleicher Parteiämter neu geregelt. Die bisherige Regelung in §6 Abs. 5 und 6 der bestehenden Wahlordnung war nicht eindeutig zu interpretieren, stellte bei wörtlicher Auslegung nicht die Quotierung des Bundesvorstands sicher und hat zu Unklarheiten und Unsicherheiten bei der Umsetzung geführt. Die bisherige Praxis, gleiche Ämter bei der gemeinsamen Wahl gemeinsam und nicht schrittweise zu quotieren, erforderte eine bestimmte Auslegung des §6 Abs. 5 und war durch diese auch nicht im Detail festgelegt. Die vorliegende Änderung beseitigt diese Unklarheiten, indem sie ein wohldefiniertes Verfahren für die gemeinsame Wahl gleicher Ämter festlegt. Zwei Absätze bedürfen dabei vielleicht einer Erklärung:
  - §6 Abs. 3 lässt sich am besten anhand von Beispielen erklären. Ist bei der Wahl des Bundesvorstands unter den Vorsitzenden und dem/der Schatzmeister\*in nur eine Frau und keine Vielfalt, dann müssen von den weiteren Mitgliedern des Vorstands mindestens 3 Frauen und 2 Vielfalt sein. Es gibt aber nur 4 weitere Mitglieder. Die Quoten können also nur gleichzeitig erfüllt werden, wenn mindestens eine Frau mit Vielfalt gewählt wird. In dem

**Gelöscht:** Das Verfahren wird dann in zwei Schritten durchgeführt: Es wird eine reguläre Wahl über alle Kandidaten/innen wie in §§ 8, 9 und 10 beschrieben durchgeführt und gemäß §11 in Reihenfolge gebracht. Dann werden die Posten der Reihenfolge nach besetzt, wobei die Quotenregelungen wie oben beschrieben von der Wahlkommission direkt angewandt wird. Die Wahlkommission gibt dann die Liste oder Mandate als ganzes bekannt.

**Gelöscht: ¶**  
<#>Bei den Wahlen der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes oder eines Landesvorstandes sind die Bewerber/innen in der Reihenfolge ihrer Stimmen-Zahlen gewählt, soweit sie die erforderliche Mehrheit nach § 10 dieser Ordnung erhalten haben.¶

Extremfall, dass (nach Aufhebung der Frauenquote für die Vorsitzenden) weder Frauen noch Vielfalt unter den Vorsitzenden und dem Schatzmeister wären, müssten von den weiteren Mitgliedern des Vorstands mindestens 4 Frauen und 2 Vielfalt sein, was nur möglich ist, wenn mindestens zwei Frauen mit Vielfalt gewählt werden.

- Absatz 4 umfasst eine Klarstellung der unklaren Bestimmung in §6 Absatz 6 der bestehenden Wahlordnung, dass die Vielfaltquote Vorrang vor der Frauenquote hat. Die Reihenfolge wird nur relevant, wenn nicht beide Quoten gleichzeitig erfüllt werden können, weil nicht genug Frauen mit Vielfalt kandidiert haben oder gewählt wurden. In diesem Fall wird zuerst die Vielfaltquote erfüllt und dann soweit wie möglich die Frauenquote.